

Wirtschaft und Verkehr

Kommunen können nun Winterschäden unbürokratisch beseitigen

„Der Winter hat durch Frost, Eis und Schnee viele Schäden an den Straßen und Radwegen in Hessen hinterlassen. Geschwindigkeitsbegrenzungen und Sperrungen sind vielerorts die Folge. Auch besteht die Gefahr, dass sich die Schäden ausweiten und ihre Beseitigung immer teurer wird. Mit dem heute in den Landtag eingebrachten Sonderprogramm stellt die christlich-liberale Koalition schnell und unbürokratisch 100 Millionen Euro zur Beseitigung von Schäden an Landes- und Kommunalstraßen sowie an Radwegen zur Verfügung. So können die Kreise, Städte und Gemeinden schnell mit der Beseitigung der Winterschäden an ihren Straßen beginnen“, betonte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Ulrich Caspar, zur Einbringung des Gesetzes in den Landtag. Die Kommunen erhielten mit 80 Millionen Euro den größten Teil des Geldes. 20 Millionen Euro würden in die

Landesstraßen investiert. Die Finanzierung der Gesamtsumme werde zu 30 Millionen Euro aus Einsparungen des Landes aus dem laufenden Jahr, zu 20 Millionen Euro aus Rücklagen sowie zu weiteren 50 Millionen Euro aus dem verbesserten Abschluss des Jahres 2010 ermöglicht. Die Auszahlung erfolge unbürokratisch ohne gesonderten Antrag. Über die Verwendung der Mittel könnten die Kommunen selbständig entscheiden. Lediglich die Verwendung der Mittel müsse gegenüber dem Verkehrsministerium nachgewiesen werden. „Wir müssen jetzt investieren, um langfristig die Substanz zu erhalten. Wir wollen keine Holperstrecken in den hessischen Städten und Gemeinden“, betonte Caspar weiter. Vor diesem Hintergrund sei es bedauerlich, dass die Opposition aus kurzfristigen Gründen ihre Unterstützung verweigert habe. „Mit dem Dagegen-Reflex der Opposition wird in Hessen kein Meter Straße

besser. Auch hier hat die versammelte Linke wieder einmal mehr machttaktische Spielchen vor Gemeinsinn gestellt“, so Caspar. Der Beitrag der Kommunen sei in deren ureigensten Interesse. „Die Kommunen können weiterhin auf unsere Unterstützung zählen. Mit dem Kommunalen Schutzschirm in Höhe von drei Milliarden Euro wird notleidenden Kommunen bei der Entschuldung geholfen. Außerdem sieht der Kommunale Finanzausgleich dieses Jahr 190 Millionen Euro mehr für die Kommunen vor als im Jahr 2010. Und mit den Konjunkturpaketen von Bund und Land haben wir 5.000 kommunale Bauprojekte in Höhe von 1,9 Milliarden Euro in unseren hessischen Kommunen auf den Weg gebracht. Kein anderes Bundesland hat soviel für seine Kommunen geleistet. Die christlich-liberale Koalition ist ein Garant für die Zukunftsfähigkeit der hessischen Kommunen“, stellte Caspar fest.



CDU HESSEN

**WIR WÜNSCHEN IHNEN EINE
SCHÖNE FASTNACHTSZEIT**

Internetkongress 2011 der CDU Fraktion im Hessischen Landtag Das Internet im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit

„Das Internet ist in allen Lebensbereichen präsent und hat die Welt verändert. Es ist der Ort der Vernetzung unseres Lebens geworden und bietet fast grenzenlose Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten. Die damit gewonnene neue Dimension an Freiheit wird von Menschen aller Altersgruppen angenommen. Diese Freiheit birgt neben zahlreichen Vorteilen aber auch erhebliche Risiken. Dritte können beispielsweise nun viel einfacher persönliche Daten ausspähen und diese für kriminelle Zwecke missbrauchen“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, anlässlich des von der CDU-Landtagsfraktion veranstalteten Kongresses zum Thema „Das Internet im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit“.

Die Bedeutung des Internets könne in der heutigen Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Bundesregierung bezeichnete das Internet in dieser Woche „als sogenannte kritische Infrastruktur“. Damit sei gemeint: Fällt das Internet in unserem Land aus, dann werde es kritisch für fast alle Lebensbereiche – von der



Versorgung der Bevölkerung bis zur inneren und äußeren Sicherheit. Deshalb sei ein nationales Cyber-Abwehrzentrum gegründet worden, um Deutschland vor Angriffen auf die nationale Infrastruktur des Internets zu schützen. Der Blick auf die hessische Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2010 zeige eine Zunahme von Fällen der Internetkriminalität, von 16.863 Fällen im Vorjahr auf 17.669 Fälle in diesem Jahr. „Die Erscheinungsformen der

Computer- und Internetkriminalität verändern sich von Jahr zu Jahr und stellen die Polizei vor immer neue technische, taktische und rechtliche Herausforderungen. Internetnutzer müssen sich ständig gegen neue Formen der Online-Kriminalität wappnen. Mit der steigenden Nutzerzahl im Internet haben auch die Tatgelegenheiten für die Täter zugenommen. Der Staat hat auch in diesem komplexen Feld die Aufgabe, die Freiheit und die Rechte seiner Bürger zu schützen“, so Wagner.

Die CDU-Landtagsfraktion werde deshalb die gesellschaftlichen und rechtlichen Fragen und Probleme rund um das Thema Internet verstärkt in den Blick nehmen und konkrete gesetzgeberische Schritte unternehmen, um die Freiheit der Nutzer und die damit verbundenen Risiken in den Griff zu bekommen. Wagner kündigte an, in der kommenden Woche einen Entschließungsantrag in den Hessischen Landtag einzubringen, der auf eine Verbesserung des Datenschutzes vor allem in sozialen Netzwerken abziele. Außerdem werde die CDU-Fraktion





die Hessische Landesregierung bei einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Telemediengesetzes unterstützen. Ziel sei es, das Telemediengesetz um Regelungen zu ergänzen, mit denen die dringlichsten Probleme beim Schutz der Persönlichkeitsrechte geregelt werden. Außerdem solle dadurch der Nutzer durch den Anbieter umfassend über Gefahren informiert und seine Persönlichkeitsrechte besser geschützt werden. Zudem werde künftig eine vollständige Löschung des Nutzerkontos möglich sein. „Die CDU erweist sich dadurch als Internetpartei mit Vorreiterrolle beim Datenschutz in sozialen Netzwerken. Die Gesetzesänderungen sollen vor allem mehr Transparenz für den Nutzer eines Internetangebots schaffen. Denn Nutzer müssen wissen, ob ihre Daten beispielsweise für wirtschaftliche Zwecke ausgewertet oder an Dritte veräußert werden“, so Wagner.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende betonte die Werteneutralität des Mediums Internet. „Das Internet hat keine moralische Dimension. Es ist wie ein Werkzeug in der Hand eines Menschen. Wenn man es einem Chirurgen und einem Mörder gibt, gebraucht es jeder auf seine Weise. Nicht seine Existenz, sondern der Zweck für den

es eingesetzt wird, bestimmt seine moralische Qualität. Eine Auseinandersetzung oder Kritik, die sich ausschließlich mit den technischen Möglichkeiten der neuen Medien beschäftigt, würde daher zu kurz greifen“, so Wagner.

Die Politik dürfe auch nicht mit pauschalen Verboten auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. „Für uns stellt sich aber die Frage, ob der Gesetzgeber tätig werden muss. Es gilt die schwierige Frage zu beantworten, wie ich den einzelnen Internetnutzer vor Straftaten schützen kann, ohne ihn in seiner Freiheit unangemessen einzuschränken. Die Allgemeine Handlungsfreiheit ist eng mit der Würde des Menschen und seinem Recht auf Selbstbestimmung verbunden. Diese Freiheit befreit den Menschen jedoch nicht von allgemeinen sittlichen Normen. Dies gilt vor allem auch für menschliches Verhalten im Umgang mit neuen Technologien. Der Mensch muss jeden technischen Fortschritt einer moralischen Kontrolle unterwerfen. Für die Anwendung seines Wissens und seiner Macht trägt der Mensch Verantwortung“, sagte Wagner.

Nach der Begrüßung durch den hessischen CDU-Fraktionsvorsitzenden,

Dr. Christean Wagner, hatten der Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, und der Vorsitzende der Jungen Union Hessen, Staatssekretär Ingmar Jung, vor 300 Gästen auf dem Internetkongress der CDU-Landtagsfraktion Impulsvorträge gehalten. Im Anschluss daran fand eine Podiumsdiskussion mit folgenden Experten statt:

- Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, Hessischer Landesdatenschutzbeauftragter
- Prof. Dr. Wolfgang Stock, Gründer von „Wiki-Watch“
- Tilo Barz, Leiter Multimedia Hessischer Rundfunk
- Dr. Guido Brinkel, Bereichsleiter Medienpolitik BITKOM e.V.
- Lutz Stroppe, Abteilungsleiter Kinder und Jugend im Bundesfamilienministerium

Die Erkenntnisse aus dem Internetkongress wird die CDU-Landtagsfraktion auswerten und in konkrete politische Schritte umsetzen. Erste Ergebnisse werden der CDU-Fraktionsvorsitzende Wagner und die medienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Karin Wolff, auf einer Pressekonferenz am kommenden Freitag, den 4. März 2011, vorstellen.

Karl-Theodor zu Guttenberg erklärt Rücktritt von politischen Ämtern Merkel: „Wir müssen uns von niemandem erklären lassen, was Anstand und Ehre in unserer Gesellschaft sind!“

Karl-Theodor zu Guttenberg hat seinen Rücktritt von allen politischen Ämtern angekündigt. Er könne den höchsten Ansprüchen, die er selbst an sich anlege nicht mehr gerecht werden, so zu Guttenberg am Dienstag in Berlin. „Ich habe, wie jeder andere auch, zu meinen Schwächen und Fehlern zu stehen. Und mir war immer wichtig, diese vor der Öffentlichkeit nicht zu verbergen. Deswegen habe ich mich aufrichtig bei all jenen entschuldigt, die ich aufgrund meiner Fehler und Versäumnisse verletzt habe und wiederhole dies auch ausdrücklich heute.“ Er habe aber feststellen müssen, dass trotz seiner Entschuldigung eine Rückkehr zur Normalität nicht mehr möglich gewesen sei. „Wenn es auf dem Rücken der Soldaten nur noch um meine Person gehen soll, kann ich dies nicht mehr verantworten“, begründete er seine Entscheidung. „Ich war immer bereit zu kämpfen, aber ich

habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht.“, so zu Guttenberg abschließend. Der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Ministerpräsident Volker Bouffier, und die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, haben ihr Bedauern über den Rücktritt von Karl-Theodor zu Guttenberg vom Amt des Verteidigungsministers zum Ausdruck gebracht.

„Mit seinem Rücktritt hat er die Konsequenzen für die Fehler in seiner Doktorarbeit gezogen. Das verdient unser aller Respekt“, sagte Bouffier am Dienstag in Wiesbaden. „Ich kann nur sagen, er ist eine ganz außergewöhnliche politische Begabung. Wenn man zwei Dinge mal trennt, seine politische Arbeit und das ganze Drumherum um seine Promotion, dann würde ich persönlich mich freuen, wenn es eine Gelegenheit gäbe, wo er seine Begabungen wieder einsetzen kann“, so Bouf-

fier weiter. Angela Merkel sagte, dass sie zu Guttenberg nur „schweren Herzens“ gehen lasse. Mit ihm verliere nicht nur die Union einen Mann, „der die Herzen der Menschen immer wieder erfreut und bewegt hat. Sie sind ihm zugeflogen und das mit Recht.“ Gleichzeitig machte Merkel aber deutlich, dass das Verhalten der Opposition, vor allem das des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel allein von dem Willen getrieben sei, eine politische Karriere zu zerstören.

Der Opposition gehe es vor allem darum, „uns zu schwächen und nicht die Wissenschaft in Deutschland zu stärken.“ Merkel fand klare Worte an den politischen Gegner: „Wir müssen uns von niemandem erklären lassen, was Anstand und Ehre in unserer Gesellschaft sind. Nicht von Trittin, nicht von Herrn Gysi und schon gar nicht von Sigmar Gabriel.“

Ismail Tipi: „Hessen ist Musterland der Integration“ „Erdogans Äußerungen sind kontraproduktiv und spalterisch“

„Hessen hat sich in den vergangenen 10 Jahren zum integrationspolitischen Musterland entwickelt und stellt diese Rolle immer wieder unter Beweis“, sagte der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Ismail Tipi, anlässlich der heutigen Aktuellen Stunde zum Thema Integration und den Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. „Beispiele hierfür sind das bundesweit kopierte Konzept eines Integrationsbeirats, über den die Interessen der Betroffenen in die Entscheidungen der Landesregierung eingebunden werden, das 2007 eingeführten Integrationslotsennetz-

werk oder der ‚Integrationskompass‘ im Internet. Der wichtigste Fortschritt wurde jedoch im Bereich Sprache erreicht“, so Tipi. „Als ‚Zwangsgermanisierer‘ diffamiert, haben wir gegen den massiven Widerstand von Grünen und SPD das Erlernen der deutschen Sprache zum wichtigsten Ziel der Integrationspolitik gemacht und durch große Beharrlichkeit als gesamtpolitischen Konsens etabliert. Die Möglichkeit zur guten Verständigung mit seinen Mitmenschen, seien es Nachbarn, Arbeitgeber, Kollegen oder Institutionen, ist die wichtigste Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft“, so Tipi. „Für

dieses Ziel sind die Auftritte des türkischen Ministerpräsidenten vollkommen kontraproduktiv. Die Vielzahl der türkischstämmigen Menschen fühlt sich als Bürger in diesem Land sehr wohl. Sie haben sich in das Werte- und Rechtssystem dieses Landes eingefügt. Ziel ist und bleibt es, Deutsche türkischer Herkunft zu bilden und nicht Türken mit deutschem Pass. Herr Erdogan provoziert durch seine Wahlkampfauftritte in eigener Sache hier eine Spaltung. Doch seine Versuche, Teile der Migranten von Ankara aus beeinflussen oder sogar steuern zu wollen, werden nicht gelingen“, so der CDU-Politiker.

Finanzen und Steuern

Dr. Michael Meister beim Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“

Das Zukunftsforum „Finanzplatz Frankfurt“ (ZFF) hat im Rahmen einer Vortragsveranstaltung den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Hessen im Deutschen Bundestag, Herrn Dr. Michael Meister, als Referenten gewinnen können. Die Veranstaltung fand vor etwa 80 Teilnehmern im MAIN TOWER der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) statt.



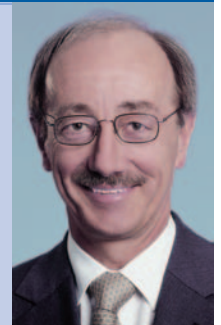
Nach einer Begrüßung durch die Chefvolkswirtin der Helaba, Frau Dr. Gertud R. Traud, und den Vorsitzenden des ZFF, Herrn Dr. Hans Reckers, trug Herr Dr. Meister zum Thema „Nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte“ vor und berichtete von den bereits umgesetzten und den noch geplanten Gesetzesmaßnahmen in Berlin im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Der durch seine Tätigkeit in zahlreichen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen ausgewiesene Experte schilderte den anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Finanzwirtschaft, Verbänden, Politik und Verwaltung die Beweggründe für einige der Entscheidungen im Rahmen der Regulierungsmaßnahmen. Dabei erwähnte er unter anderem das eingeführte Verbot für unge-

deckte Leerverkäufe, das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten oder die in Kürze noch anstehenden Beratungen über die Reform zum Euro-Rettungsschirm. Herr Dr. Meister bat aber auch die Teilnehmer, ihm Anregungen für seine Arbeit in Berlin

mit auf den Weg zu geben, wovon diese regen Gebrauch machten. Herr Dr. Reckers dankte Herrn Dr. Meister zum Abschluss für seine Bereitschaft, dem ZFF als Referent zur Verfügung zu stehen und wünschte ihm für seine weitere Arbeit in Berlin weiterhin viel Erfolg.

Bundestag Aktuell

Helmut Heiderich aus dem Kreis Hersfeld-Rothenburg zieht wieder in den Deutschen Bundestag ein. Er folgt auf **Holger Haibach**, der Ende Februar sein Bundestagsmandat niedergelegt hat, um als Landesdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Namibia zu gehen. Heiderich gehörte bereits von 1996 bis 1998 sowie von 2000 bis 2005 dem Deutschen Bundestag an.



Die hessische CDU-Abgeordnete **Sibylle Pfeiffer** ist aufgrund des Wechsels von Haibach zur Adenauer-Stiftung zur neuen Sprecherin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden.



nur noch

23 Tage

bis zur Kommunalwahl